



Niederschrift

**über die 3. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Donnerstag, 17.06.2021, 18:00 Uhr
Aula der Josef-Annegarn-Schule
Hanfgarten 18, 48346 Ostbevern**

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Aichner, Meinrad, Dr.	
Brune, Markus	
Everwin, Bernhard	
Füssel, Michael	
Horstmann, Heinz Hugo	
Ludwig, Willy	
Lunkebein, Ulrich	Vertretung für Frau Karin Dilling
Manthey, Thomas	
Möllenbeck, Elmar	
Neumann, Jochem	
Piochowiak, Karl	
Reinker, Jannik	
Stratmann, Werner	
Weglage, Wolfgang	Vertretung für Frau Claudia Niedermeier

von der Verwaltung	
Huesmann, Ute	
König, Michael, Dr.	
Roggenland, Barbara	
Stegemann, Hubertus	bis TOP 7 ö. T.
Witt, Hans-Heinrich	ab TOP 8 ö. T.

Es fehlen entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Dilling, Karin
Niedermeier, Claudia

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:10 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Herr Piochowiak eröffnet die Sitzung, begrüßt die Ausschussmitglieder und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestimmung des Schriftführers

Frau Huesmann wird zur Schriftführerin dieser Sitzung bestimmt.

3. Feststellung der Befangenheit

Befangenheit wird nicht festgestellt.

4. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

5. Bericht des Bürgermeisters

Es wird kein Bericht gegeben.

6. Berichte aus den Gremien

Mitgliederversammlung des Vereins Westfalen-Initiative e.V. am 10. Juni 2021

Auch diesen Verein prägten in 2020 die Corona bedingten Einschränkungen. Darüber hinaus aber die inhaltlichen Auseinandersetzungen zwischen dem Vorstand der Stiftung Westfalen Initiative und dem Verein. Dies führte zur klaren Abgrenzung einerseits in der personellen Besetzung des Vorstandes, andererseits in der Umbenennung des Vereins (Vorschlag für die Versammlung) sowie in der Modifizierung der Satzung und des Vereinszwecks.

Die Sitzung begann mit einem Vortrag des Präsidenten des Landtags NRW André Kuper zum Thema: Westfalen - ein starkes Stück!

Danach stellte der künftige Vorsitzende, Herr Manfred Müller, ehemaliger Landrat Kreis Paderborn die zukünftige Ausrichtung des Vereins vor.

Kerninhalte der Satzungsänderung: Namensänderung in Westfalen e. V., neues Logo (Herz), Zweckerweiterung um bürgerschaftliches Engagement und Schutz der Natur. Der Verein hat seinen Sitz in Hamm. Darüber hinaus: Entflechtung Stiftung und Verein, in der Präambel Aufzählung aller Regionen, Änderung des Wahlmodus Einzelwahl der/s Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden, Kollektivwahl der Beisitzer, neue Vorstandsbesetzung. Die Satzungsänderung wurde wie auch die folgenden Vorstandswahlen einstimmig vollzogen.

Der Verein sieht sich als Plattform und pflegt den Netzwerkgedanken als Dachmarke Westfalen durch ein klares westfälisches Bekenntnis, verbunden mit dem Ziel, das starke Westfalen bewusst zu machen. Und Westfalens Grundwerte herzlich, verlässlich, innovativ herauszustellen. Dies bezogen auf die westfälische Landschaft und die westfälischen Menschen.

Noch nicht abschließend beraten wurde die künftige Besetzung des Beirats, derzeit mit rund 60 Mitgliedern je zur Hälfte Mitglieder des Vereins und sonstige Vertreter. Es schwebt dem Vorstand vor, im Beirat durch Neuorganisation die Gesellschaft in ihrer Vielfalt abzubilden z. B. auch Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur, Sport, Politik u. v. m. Hierüber wurde kein Beschluss getroffen.

Der Wirtschaftsplan sieht Ausgaben in Höhe von 37.000 Euro und Einnahmen in Höhe von 10.000 Euro bei einem liquiden Kassenbestand in Höhe von 27.000 Euro vor. Dies bedeutet eine künftige Anpassung der Beitrags- und Förderstruktur.

7. Einzahlung in den kvw-Versorgungsfonds **Vorlage: 2021/023**

Folgender Beschluss wird gefasst:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, im Jahr 2021 den Betrag in Höhe von 50 T€ in den kvw-Versorgungsfonds einzuzahlen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

8. Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen
Vorlage: 2021/028

Die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN betonen, dass sie die Regelungen der Satzung ausdrücklich begrüßen. Der Einschätzung schließen sich auch die anderen Fraktionen grundsätzlich an. Die SPD-Fraktion betont allerdings, dass sie grundsätzlich keine Beiträge für straßenbauliche Maßnahmen, wie in anderen Bundesländern geregelt, für richtig hält.

Die Verwaltung erläutert auf Nachfrage die wesentlichen, aber eher geringfügigen Unterschiede zur Mustersatzung, insbesondere die Herausnahme der Wirtschaftswege aus der Satzung. Darüber hinaus die Problematik der Unterscheidung zwischen Hauptverkehrsstraße und Haupterschließungsstraße und hält es aus Gründen der Rechtssicherheit für erforderlich, die Unterscheidungen in der Satzung beizubehalten.

Die FDP-Fraktion weist darauf hin, dass ihrer Ansicht nach ein Straßensanierungskonzept aller Straßen Voraussetzung für Fördermaßnahmen ist und daher nachhaltig verwaltungsseitig verfolgt werden soll.

Die SPD-Fraktion betont, dass auf wirtschaftliche Härtefälle besonders geachtet werden sollte. Die Verwaltung bestätigt, dass in der Vergangenheit und auch in der Zukunft diese sich in der Ausgestaltung von Ratenzahlungen und Stundungen immer flexibel gezeigt hat.

Folgender Empfehlungsbeschluss wird gefasst:

Die als Anlage 1 beigefügte Änderungssatzung zu der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Gemeinde Ostbevern wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

**9. Errichtung einer Remise und zweier Streusalzbehälter am Bauhof
- Sachstandsbericht und Beschluss über bereit zu stellende Haushaltsmittel
Vorlage: 2021/108**

Die CDU-Fraktion sieht sich nicht in der Lage, dem Beschluss zuzustimmen und fordert zunächst die Vorlage eines Gesamtkonzeptes sowohl für den Bauhof als auch für die Zufahrtssituation des AWG Recyclinghofes. Dieser Einschätzung schließen sich auch die anderen Fraktionen an. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sehen eine besondere, eilbedürftige Regelungsnotwendigkeit zur Vermeidung des Rückstaus in der Zufahrt zum Recyclinghof bis in den Kreisverkehr. Hierauf weist auch die SPD-Fraktion besonders hin. Diese sieht zudem in der Vorlage keine zahlenmäßige Grundlage zum Nachweis der dort angegebenen Rüstzeiten. Die CDU-Fraktion stellt grundsätzlich in Frage, ob die Lösung mit Remisen eine richtige Konzeption darstellt. Dieser Einschätzung widerspricht die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN aus ihren beruflichen Erfahrungen.

In der Diskussion wird auch die mögliche Preisentwicklung von Baurohstoffen am Weltmarkt unterschiedlich eingeschätzt.

Die Verwaltung erläutert ausführlich die Gesamtsituation des Bauhofes, der evtl. potentiellen Erweiterungsflächen für das Klärwerk und einer möglichen Erweiterung auf Flächen zum Friedhof, der in unmittelbarer Umgebung geplanten Wohnbauprojekte und/oder einer ggfls. sinnvollen Ansiedlung von Gewerbe. Sie sagt einer Vorstellung eines Gesamtkonzeptes für den Bauhof unter Einbezug der Zufahrt zum AWG Gelände in der Sitzung des Gemeinderates am 01.07.2021 zu.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses sprechen sich einvernehmlich dafür aus, die Beschlussfassung auf die Sitzung des Gemeinderates zu verschieben.

**10. Erfahrungsbericht Rettungswesen 2020
- Sachstandsbericht
Vorlage: 2021/114**

Die CDU-Fraktion hat Nachfragen zur Situation der First Responder Einsätze. Die Verwaltung erläutert, dass die Sanitäter für derartige Einsätze zwar geimpft sind, aus Schutzgründen während der Coronazeit jedoch nur für lebensbedrohliche Einsätze vorgesehen wurden. Daher hat sich die Anzahl der Einsätze entsprechend verändert.

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

11. Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN fragt nach der Möglichkeit, die Container am Recyclinghof analog zu anderen Recyclinghöfen zu beschriften und so eine bessere Übersicht zu gewährleisten. Durch die fehlende Ausweisung wird eine zügige Abwicklung behindert.

Die Verwaltung wird diese Anregung an die AWG weitergeben.

Es eröffnet sich auf Nachfrage eine Gesamtdiskussion über die Corona-Situation des Beverbades. Die Verwaltung beantwortet die Anfragen insgesamt mit einem kreisweit abgestimmten, den jeweiligen Corona Schutzverordnungen angepassten Maßnahmenkatalog. Unterschiede z. B. zu anderen Bädern über die Kreisgrenzen hinweg sollen durch die Abstimmungen mit den anderen Bädern vermieden werden, können aber nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Es bleibt daher auch bei besonders schönem Wetter und sehr niedrigen Inzidenzen immer noch bei Einschränkungen, denen aber mit einer besonderen Flexibilität des Badpersonals und der Geschäftsführung begegnet wird. So auch z. B. bezogen auf die Anfrage von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Sitzung des Bildungs-, Generationen- und Sozialausschusses zur Ausgestaltung der Einlasszeiten. Sobald ein Badegast das Bad verlässt, wird der Zugang für den nächsten Gast ermöglicht.

Karl Piochowiak
Bürgermeister

Ute Huesmann
Schriftführerin

Anlage

- 1 Satzung Beiträge Straßenbau